

1 Antrag 1

2
3 **Antragsteller:** SPD Düsseldorf - UB-Vorstand

4 **Adressaten:** Bundesvorstand, Landesvorstand, S&D-Fraktion, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion,
5 Ratsfraktion, Bundesregierung, Landesregierung, OB und Stadtverwaltung

6 **Annahme**

8 VERANTWORTUNGSVOLLE FLÜCHTLINGSPOLITIK

9
10 Wir leben in einer Welt voller Spannungen und Konflikte bis hin zu gewaltsamen und kriegerischen
11 Auseinandersetzungen. Die Widersprüche zwischen Arm und Reich verschärfen sich von Tag zu Tag. Die Folgen
12 der Klimakatastrophe bedrohen die Lebensgrundlage der Menschen besonders in den ärmsten Ländern der
13 Welt. Zugleich wächst unsere Welt immer weiter zusammen: Texte und Bilder verbreiten sich in
14 Sekundenschnelle um den Erdball, im Zeitalter der Mobilität und der Digitalisierung verlieren Entfernungen an
15 Bedeutung. Eine Folge dieser Entwicklungen ist, dass Flucht- und Wanderungsbewegungen in der ganzen Welt
16 sprunghaft zunehmen.

17
18 Mehr und mehr Menschen flüchten aus ihrer Heimat vor (Bürger-)Krieg und Gewalt, vor Hunger, Leid und Tod,
19 vor Armut, Verelendung und völliger Perspektivlosigkeit. Sie flüchten auf dem Landweg, sie flüchten über das
20 Meer. Die Flucht verlangt ihnen oft Übermenschliches ab: Immer wieder erreichen uns Bilder von
21 Ertrinkenden, Erwachsenen wie Kindern, Bilder von Menschen, die hilflos zusehen mussten, wie ihre
22 Angehörigen vor ihren Augen untergingen, Bilder von Menschen, die unsägliche Mühen auf sich nehmen, um
23 sich, ihre Kinder und ihre Eltern allen widrigen Umständen, allen Schikanen und aller staatlichen Gewalt zum
24 Trotz in Sicherheit zu bringen.

25
26 Sicherheit, Frieden und neue Lebensperspektiven erhoffen sie sich hier bei uns. Europa übt in dieser Situation
27 naturgemäß eine große Anziehungskraft auf Menschen in den Ländern aus, die von Krieg und Bürgerkrieg
28 betroffen sind oder in denen die staatliche Ordnung zusammengebrochen und jegliche Sicherheit verloren
29 gegangen ist oder in denen es keine Hoffnung auf ein Leben in Würde, ohne Hunger und Not gibt.

30
31 Nicht nur Deutschland und Kontinentaleuropa sind gefordert ihre Möglichkeiten zu nutzen, sondern auch und
32 vor allem die USA und Großbritannien, die maßgeblich an der Destabilisierung der Region beteiligt waren.
33 Hier muss die Bundesregierung ihren Einfluss auf die USA nutzen und weitaus mehr Hilfen sowie die
34 Bereitschaft zur Aufnahme größerer Flüchtlingskontingente fordern. Aber vor allem Härte zur Durchsetzung
35 dieser Forderung zeigen und allen erdenklichen Druck auf diese Regierungen auszuüben.

36
37 Für uns ist klar: **Ganz gleich, welcher Nationalität, welcher Rasse, welcher Hautfarbe, welcher sexuellen**
38 **Orientierung, welcher sozialen Herkunft und welcher Religion die Menschen sind, die zu uns flüchten, sie**
39 **sind hier gleichermaßen willkommen.** Sie haben unsere Solidarität, sie erhalten unsere Hilfe. Wir wollen ihnen
40 helfen, trotz aller Belastungen durch die Situation in ihrer Heimat und durch die Umstände ihrer Flucht, wieder
41 zur Ruhe zu kommen. Wir wollen, dass sie bei uns sicher und in einer friedlichen Umgebung leben können. Wir
42 wollen, dass sie wieder Hoffnung schöpfen, eine Perspektive für ihr Leben entwickeln können.

43
44 Genauso klar ist: Die große Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen, die zu uns kommen, stellt uns in Europa, in
45 Deutschland, in Nordrhein-Westfalen und in Düsseldorf vor eine riesige Herausforderung. **Die vordringlichste**
46 **Aufgabe ist eine menschenwürdige Unterbringung. Mit dem gleichen Nachdruck müssen wir ein**
47 **bedarfsgerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen sicherstellen. Für die Kinder und Jugendlichen,**
48 **die zu uns kommen, brauchen wir Kita- und Schulplätze, viel mehr als bisher geplant. Und die, die auf Dauer**
49 **bei uns bleiben, brauchen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze, damit sie möglichst**
50 **schnell auf eigenen Füßen stehen können.**

1 Schon die Bewältigung dieser Aufgaben verlangt den Kommunen, den Ländern und dem Bund, verlangt den
2 Hilfsorganisationen und nicht zuletzt den vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern alles ab.
3

4 Daneben stehen wir aber vor einer anderen, noch weit größeren politischen Herausforderung: **Wir müssen**
5 **weltweit die Fluchtursachen bekämpfen, die die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat treiben. Wir müssen**
6 **für ein weltoffenes Europa kämpfen, das nicht zu einer Festung ausgebaut wird. Wir müssen um die**
7 **gesellschaftliche Akzeptanz einer humanen Flüchtlingspolitik in Deutschland ringen. Damit das gelingt,**
8 **brauchen wir eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Europas und innerhalb Deutschlands. Und wir**
9 **müssen für ein modernes Zuwanderungsgesetz werben, das neben Asyl und Bleiberecht einen legalen Weg**
10 **der Einwanderung nach Deutschland eröffnet.** Dazu gehört auch, darauf hinzuweisen, welche Vorteile es für
11 alternde Gesellschaften wie in Deutschland haben kann, wenn jüngere Menschen zu uns kommen, ganz gleich
12 auf welchem Weg.
13

14 Schließlich stehen alle, die so wie wir den sozialen Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit in unserer
15 Gesellschaft in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen, vor einer dritten großen Herausforderung:
16 **Wir müssen sicherstellen, dass die Hilfe für Flüchtlinge und die Anstrengungen für die Integration der neuen**
17 **Nachbarinnen und Nachbarn nicht zu Lasten der sozial Benachteiligten in unserem Land geht. Wir dürfen**
18 **und werden nicht zulassen, dass beide Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, wie dass**
19 rechtspopulistische, reaktionäre oder ausländerfeindliche Gruppierungen heute bereits versuchen. Wir lehnen
20 in diesem Zusammenhang auch solche Vorschläge ab, die die Flüchtlingssituation für ideologische und
21 rückwärtsgewandte Forderungen missbrauchen. Daher kommt für uns eine Ausnahme von Flüchtlingen und
22 Migranten und Migrantinnen vom gesetzlichen Mindestlohn nicht in Frage. Darum muss beim sozialen
23 Wohnungsbau, bei der sozialen Betreuung, bei der Integration in den Arbeitsmarkt genau wie beim
24 ehrenamtlichen Engagement gelten: **Jede und jeder, die oder der in unserem Land Unterstützung und Hilfe**
25 **benötigt, wird sie bekommen, ganz gleich, ob sie oder er schon immer hier lebt oder hierher geflüchtet ist.**
26

27 Wir Düsseldorfer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns allen drei Herausforderungen: Wir
28 gestalten gemeinsam mit vielen anderen durch unsere Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen, durch die
29 Arbeit der Verwaltung unter der Leitung unseres Oberbürgermeisters und durch die ehrenamtliche Arbeit
30 vieler Helferinnen und Helfer aus unseren Reihen das offene, tolerante und solidarische Düsseldorf und die
31 Willkommenskultur, die unsere Stadt prägt. Zugleich gestalten wir durch unsere Mandatsträgerinnen und
32 Mandatsträger in Europa, im Bund und im Land eine verantwortungsvolle und zukunftsgerichtete Flüchtlings-
33 und Integrationspolitik mit. Und **wir stehen hier in Düsseldorf genauso wie im Land, im Bund und in Europa**
34 **für eine Politik für alle Schwachen und Hilfsbedürftigen in unserem Land. Sozial und gerecht – das ist und**
35 **bleibt der Markenkern unserer Politik.**
36

37 Wir wissen, dass diese Aufgaben uns noch lange weiter beschäftigen werden, dass sich immer wieder neue
38 Fragen stellen werden und immer wieder neue Antworten gesucht werden müssen. Die Diskussion über den
39 richtigen Weg in der Flüchtlings- und Integrationspolitik wird unser Land noch viele Jahre beschäftigen. Für uns
40 steht fest: Wir brauchen keine Diskussion über eine „Leitkultur“. Die zentralen Leitwerte unserer Gesellschaft
41 sind im Grundgesetz niedergelegt. Es ist Aufgabe einer verantwortungsvollen Integrationspolitik, diese Werte
42 vorzuleben und zu vermitteln, die Voraussetzungen für ihre breite Akzeptanz bei den Zugewanderten in
43 gleicher Weise wie in der Gesamtbevölkerung zu schaffen und ihre Beachtung einzufordern
44

45 Wir wissen auch, dass die Aufnahme so vieler Flüchtlinge und die mit der Integration der Zuwanderer
46 verbundenen Veränderungen unserer Gesellschaft bei vielen Menschen Sorgen, oft auch Ängste auslösen.
47 Diese Sorgen und Ängste nehmen wir ernst, wir suchen wo immer möglich das Gespräch und den Dialog. Fest
48 steht für uns dabei, dass wir an den Grundlagen unserer Flüchtlingspolitik festhalten müssen. **Das Grundrecht**
49 **auf Asyl und die Europäische Flüchtlingskonvention dürfen nicht angetastet werden.** Genauso sicher sind
50 wir, dass eine verantwortungsvolle Flüchtlings- und Integrationspolitik nur dann Erfolg haben wird, wenn es
51 gelingt, alle Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Handelns zu verknüpfen. Es geht darum, die globale,
52 die europäische, die deutsche, die nordrhein-westfälische und die Düsseldorfer Handlungsperspektive zu

1 entwickeln und in allen Bereichen gleichermaßen aktiv zu werden. Mit den folgenden „Eckpunkten für eine
2 verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik“ wollen wir unseren aktuellen Beitrag zu dieser Diskussion leisten.

3

4 Eckpunkte für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik

5

6 **1. Wir müssen die Fluchtursachen weltweit bekämpfen. Das bedeutet, dass Armut, soziale Ungerechtigkeit**
7 **und wirtschaftliche Ausbeutung sowie die Folgen des Klimawandels genauso entschieden bekämpft**
8 **werden müssen wie Krieg und Gewalt. Das kann nur gelingen, wenn regionale**
9 **Konfliktlösungsmechanismen und die internationalen Organisationen gestärkt werden.**

10

11 Europa und ganz besonders Deutschland als eines der wirtschaftlich und politisch stärksten europäischen
12 Länder müssen alles tun, um weltweit die Fluchtursachen zu bekämpfen. Für uns ist klar: Niemand verlässt
13 ohne Not seine Heimat, niemand nimmt leichtfertig die Gefahren und die oft mörderischen Strapazen
14 einer Flucht auf sich. Wenn die Menschen eine Perspektive für ein sicheres und menschenwürdiges Leben
15 in ihrer Heimat gewinnen, dann wollen und werden sie dort bleiben. Wenn nicht, dann werden sie sich auf
16 die Suche machen nach einem Platz zum Überleben irgendwo anders in der Welt. Die beste Hilfe für
17 Flüchtlinge ist darum die Hilfe vor Ort in ihrer Heimat.

18

- 19 • Ganz akut müssen wir für bessere Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern rund um Syrien Sorge
20 tragen. Die Türkei, der Libanon und Jordanien haben Millionen syrische und irakische Flüchtlinge
21 aufgenommen. Sie leben oft unter katastrophalen Bedingungen. Ausreichende Ernährung, Hygiene
22 und Gesundheitsvorsorge sind nicht gewährleistet. Diese Zustände sind geradezu eine Aufforderung,
23 die Flucht fortzusetzen und sich in Richtung Europa auf den Weg zu machen. Mittel, die dort
24 eingesetzt werden, um den Menschen das Bleiben zu ermöglichen, ersparen vielfache Mittel für die
25 Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen im eigenen Land. Genauso wichtig ist der Versuch, den
26 Bürgerkrieg in Syrien zu deeskalieren. Die Bundesregierung ist aufgerufen, hier eine Position
27 einzunehmen, die realistische Chancen für Gespräche unter Einbeziehung aller Gruppen mit
28 Ausnahme des sogenannten Islamischen Staates eröffnet.
- 29 • Krieg und Bürgerkrieg, staatliche und terroristische Gewalt in den Heimatländern der Flüchtlinge sind
30 entscheidende Faktoren für die Flucht. Dies gilt für Syrien, den Irak und Afghanistan genauso wie für
31 viele afrikanische Länder. Europa und Deutschland sind hier gefordert, ihre Möglichkeiten und ihren
32 Einfluss zu nutzen, um Krieg und Gewalt zu bekämpfen. Als erster Schritt muss der Export von Waffen
33 in Krisenregionen unverzüglich eingestellt werden. Dazu muss die Europäische Union endlich ihre
34 gemeinsame Außenpolitik stärken, um mit einer Stimme und damit mit mehr Gewicht in der Welt
35 sprechen zu können. Wir fordern: Der europäische Weg muss der Weg der Verhandlungen und der
36 Diplomatie vor jeder Form von militärischem Engagement sein. Konkret muss die EU in den
37 Krisenregionen gemeinsam mit den dortigen Organisationen auf die jeweiligen Streitparteien
38 einwirken, um Fluchtursachen zu vermeiden bzw. bestehende Fluchtgründe abzubauen. Die
39 Bundesrepublik steht wegen ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer politischen Rolle innerhalb der
40 Europäischen Union in einer besonderen Verpflichtung, auch durch die nationale Politik die
41 weltweiten Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir fordern eine konsequente Ausrichtung der
42 Außenpolitik auf friedensstiftende und friedenserhaltende Maßnahmen in internationalen Konflikten
43 und in Krisenstaaten. Dies bedeutet unter anderem auch ein reflektiertes und insbesondere ein die
44 Folgen in den Blick nehmendes Handeln in Bezug auf politische oder militärische Aktivitäten, die in
45 ihrer Wirkung zu einem Zerfall von Staatlichkeit (failedstate) in einem Krisenland führen könnten. So
46 richtig aus moralischer Perspektive die Beseitigung von Regimen wie dem von Saddam Hussein im Irak
47 oder dem Gaddafi-Regime in Libyen gewesen sein mag, so richtig ist leider auch, dass die Wirkungen
48 eines "regimechange" auch die Ursachen für neue, noch drastischere blutige und gewaltsame
49 Konflikte und Bürgerkriege sein können, sofern keine überzeugende Strategie für ein nachhaltiges und
50 dauerhaftes "nationbuilding" vor Ort verfolgt und umgesetzt wird, die alle relevanten politischen und
51

1 zivilgesellschaftlichen Akteure in dem betroffenen Land einbezieht.
2
3

- 4 • Mittel- und langfristig wird unsere Welt nur dann eine friedlichere Welt werden können, wenn es
5 gelingt, die internationalen Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, zu stärken. Im
6 Mittleren und Nahen Osten kann man sehen, wohin es führt, wenn über Jahrzehnte nationale und
7 Bündnisinteressen die Politik der großen Player auf der Weltbühne bestimmen: Der Diktator von heute
8 war vorgestern noch willkommener Verbündeter im Kampf gegen Freiheitsbestrebungen seines Volkes
9 zugunsten eigener wirtschaftlicher Interessen. Die Terroristen von heute wurden gestern noch
10 gepöppelt und mit Waffen hochgerüstet. Und die Verbündeten von heute waren gestern oder
11 vorgestern noch Erzfeinde. Wir haben keine Illusionen, was die Arbeit internationaler Organisationen
12 angeht. Aber wir sind sicher, dass eine Reform der Vereinten Nationen, durch die der Einfluss der
13 Vetomächte beschnitten wird, neue Chancen für Frieden und das Zurückdrängen von Gewalt eröffnet.
14
- 15 • Wir brauchen eine Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft und Hilfe zur Selbsthilfe organisiert.
16 Wichtige Bausteine sind der Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge und Ernährung. Wirtschaftlicher
17 Fortschritt in Schwellen- und Entwicklungsländern muss gepaart werden mit der Einführung von
18 Systemen staatlicher sozialer Mindestsicherung. Konkret ist es erforderlich, dass die Staaten der
19 Europäischen Union 1 % ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Entwicklungsprojekte zur Verfügung
20 stellen. Damit diese Ausgaben nicht zu einer Belastung des europäischen und des nationalen
21 Wachstumsprozesses insbesondere in den europäischen Krisenstaaten führen, fordern wir die
22 Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung internationaler und
23 europäischer Entwicklungs- und Wachstumsprojekte. Bis zu deren Einführung fordern wir, dass alle
24 wirtschaftlichen starken europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, ihre Ausgaben für
25 weltweite Entwicklungsprojekte auf 0,7 % des BIP anheben.
26
- 27 • Die Handelspolitik ist ein wichtiges Instrument für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und
28 Entwicklung. Wir wollen eine europäische und deutsche Außen- und Handelspolitik, die sich nach den
29 Millenniums-Entwicklungszielen richtet, die Wohlstandsverteilung fördert, den Kampf gegen Armut
30 unterstützt und dadurch eine tatsächliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der
31 Menschen bewirkt. Konkret bedeutet das, dass wir den Entwicklungsländern in unseren
32 Handelsbeziehungen Schutz vor Verdrängungswettbewerb gewähren und gleichzeitig unsere Märkte
33 für Entwicklungsländer öffnen müssen, um dort das Wirtschaftswachstum zu steigern. So kann unsere
34 Handelspolitik zur Verringerung von Armut und damit zur Reduzierung von Fluchtursachen beitragen.
35 Das liegt zugleich auch in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse, weil eine verstärkte
36 Kooperation der europäischen Privatwirtschaft mit jener in den Entwicklungsländern bei Einhaltung
37 der Millenniumsziele allen beteiligten Ländern wirtschaftlich nutzt. Europa muss seine
38 Entwicklungszusammenarbeit an den Nöten der jeweiligen Länder ausrichten.
39
- 40 • Wir fordern zugleich eine konsequente Ausrichtung der europäischen und der deutschen Politik auf
41 Klimaschutz und die Begrenzung der Erderwärmung. Denn auch Folgen des Klimawandels wie
42 Überschwemmungen, Ernteauffälle oder das Abschmelzen von Gletschern sind aktuell und verstärkt in
43 der Zukunft wesentliche Fluchtursachen. Insofern muss der Westen beim Klimaschutz glaubhaft voran
44 gehen, damit auch Schwellenländer notwendige Klimaanpassungen mittragen und realisieren können.
45 Klimaschutz ist gelebte Weltinnenpolitik.
46

47 **2. Europa muss ein offener Kontinent bleiben, es darf keine Festung werden und sich abschotten. Damit**
48 **das gelingen kann, müssen europaweit die Akzeptanz und die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge wachsen**
49 **und die Lasten müssen gerecht zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verteilt werden.**
50

51 Die Zahl der Menschen, die nach Europa fliehen, wird auf absehbare Zeit nicht abnehmen. Europa darf
52 darauf nicht mit Abschottung, mit Mauern und Stacheldraht, mit unterlassener Hilfeleistung, mit
53 Wegsehen reagieren. Wir Europäerinnen und Europäer müssen gemeinsam alles tun, um menschliche

1 Katastrophen bei der Flucht zum Beispiel im Mittelmeer zu verhindern. Wir tragen auch eine gemeinsame
2 Verantwortung für die Zustände auf der sogenannten Balkan-Route.

3
4 Ganz Europa muss sich dieser Aufgabe stellen. Die Frage, wie mit der großen Zahl von Flüchtlingen
5 umgegangen wird, bedeutet für Europa real eine größere Zerreißprobe als der Umgang mit der
6 Wirtschafts- und Währungskrise zuvor. Der künftige Zusammenhalt der Europäischen Union wird davon
7 abhängen, ob seine Mitgliedsstaaten einen Weg finden, diese Bewährungsprobe gemeinsam zu bestehen.
8 Für uns ist klar: Europa muss sich in dieser Krise unzweideutig zu seinen Grundlagen bekennen, und das
9 sind seine Werte: die Grund- und Menschenrechte. Menschlichkeit und Solidarität müssen die
10 bestimmenden Leitwerte bleiben, sowohl im Umgang mit Schutzsuchenden als auch in der Unterstützung
11 der Mitgliedsstaaten untereinander. Es kann nicht sein, dass einige Mitgliedsstaaten sich ihrer
12 Verantwortung entziehen. Es kann genau so wenig sein, dass die Erstaufnahmestaaten, dass Griechenland,
13 Malta, Italien und Spanien, aber auch Ungarn, Kroatien und Slowenien, mit dem Flüchtlingsproblem allein
14 gelassen werden. Die Europäische Union kann nur als Solidargemeinschaft gelingen; das gilt besonders
15 auch in der Flüchtlingspolitik.

- 16
17 • Bei Grenzschutzaktionen etwa im Mittelmeer muss die Einhaltung internationaler Schutzstandards
18 oberste Priorität haben. Die Verpflichtung zur Seenotrettung ist internationales Recht. Suche und
19 Rettung muss zentraler Inhalt der gemeinsamen Einsätze im Mittelmeer sein. Die beteiligten
20 Einsatzkräfte brauchen eine gute Ausbildung in europäischem und internationalem Recht,
21 insbesondere in Bezug auf die Grundrechte. Retter, die Flüchtlingen in Seenot helfen, dürfen nicht mit
22 Strafen bedroht werden.
- 23
24 • Wir brauchen sichere Wege nach Europa, um Flüchtlinge nicht weiter den Gefahren einer irregulären
25 Einreise auszusetzen. Statt über Transitzonen an den deutschen Grenzen zu diskutieren sollten wir in
26 Europa die vorhandenen Instrumente nutzen, um Schutzsuchende direkt aus einem Drittstaat
27 einreisen lassen zu können. Dazu gehören etwa humanitäre Visa für Menschen in Notsituationen, die
28 ihnen die Einreise aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen im Herkunftsland oder einer
29 unmittelbaren individuellen Gefährdung erlauben. Insbesondere das Resettlement-Programm des
30 Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen soll intensiv genutzt werden. Hierdurch bieten
31 Drittstaaten wie die Bundesrepublik Flüchtlingen die Chance, sich dauerhaft bei Ihnen anzusiedeln,
32 zu integrieren und somit die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit. Auch neue
33 Instrumente, wie zum Beispiel die Nutzung von sogenannten Botschaftsverfahren in den Herkunfts-
34 und Durchreisestaaten, müssen geprüft und genutzt werden.
- 35
36 • Das sogenannte Dublin-Verfahren, nach dem niemand einen Asyl- oder Bleiberechtsanspruch geltend
37 machen kann, der aus einem sogenannten „sicheren Drittstaat“ in Länder der europäischen Union
38 einreist, ist gescheitert. Dublin steht für den Versuch der west- und osteuropäischen Länder, das
39 Flüchtlingsproblem bei den Mittelmeer-Anrainer-Staaten abzuladen. Dieses Verfahren war von Beginn
40 an unfair und unsolidarisch. Es muss unverzüglich außer Kraft gesetzt und durch einen gerechten
41 europäischen Verteilmechanismus ersetzt werden.
- 42
43 • Deutschland und andere Länder, etwa Schweden, Finnland und Österreich, nehmen im europäischen
44 Vergleich überproportional viele Flüchtlinge auf. Das belastet Bund, Länder und Kommunen und es
45 erschwert die politische und gesellschaftliche Diskussion in unserem Land. Solidarität und
46 Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge leiden unter dem Eindruck, dass es in Europa unter den Staaten
47 nicht solidarisch zugeht. Darum fordern wir eine verbindliche Aufnahmequote für alle europäischen
48 Staaten, die sich an der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft, besonders an der Quote der
49 Arbeitslosigkeit, orientiert. Damit korrespondierend müssen einheitliche europäische Standards bei
50 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und bei den Verwaltungs- und Gerichtsverfahren im
51 Rahmen der Anerkennung entwickelt und ihre Einhaltung sichergestellt werden. Sobald das erreicht
52 ist, muss der innereuropäische Verteilmechanismus in der Verantwortung der Europäischen Union in
53 Kraft gesetzt werden. Dieses gemeinschaftliche Verfahren muss schließlich in ein gemeinsames

1 europäisches Asylrecht münden, das nicht nur der Flüchtlingsbewegung gerecht wird, sondern auch
2 den europäischen Gemeinschaftsgedanken stärken kann.
3

4 **3. Über 50 Millionen Menschen sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen derzeit auf der Flucht.**
5 **Mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen und Mädchen. Die meisten Frauen fliehen (zunächst) in**
6 **Flüchtlingslager innerhalb ihrer Region oder ihres Landes, ein kleinerer Teil macht sich auf den**
7 **gefährlichen Weg nach Europa. In Deutschland ist ca. 1/3 aller Flüchtlinge weiblich. Frauen wie Männer**
8 **fliehen vor (Bürger-)Krieg, Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen, Hunger und Armut. Als**
9 **Fluchtgründe für Frauen und Mädchen kommen sehr oft noch geschlechtsspezifische Gefährdungen**
10 **dazu wie sexualisierte Gewalt, Vergewaltigungen, die als Waffe und zur Demütigung von den**
11 **Kombattanten an den „gegnerischen“ Frauen verübt werden, aber auch physische und psychische**
12 **Gewalterfahrungen, Zwangsheterosexualität, weibliche Genitalbeschneidung und andere Praktiken**
13 **patriarchaler Gesellschaften, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen einschränken.**

- 14
- 15 • Auch auf der Flucht sind Frauen und Mädchen besonderen Gefährdungen ausgesetzt,
16 Menschenhandel, Arbeitsausbeutung oder Zwangsprostitution sind nicht selten der „Preis“, um die
17 weitere Flucht zu finanzieren oder zu überleben. Rund 5 % Prozent der Frauen sind schwanger und
18 brauchen dringend hygienische Verhältnisse und eine medizinische Grundbetreuung.

19

20 33 Prozent der Asylanträge in Deutschland werden von Frauen und Mädchen gestellt. In der medialen
21 Flüchtlingsdebatte sind Mädchen und Frauen jedoch kaum präsent. Klar ist: Die Unterbringung und
22 Versorgung von Asylbewerber*innen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier sind Bund, Länder
23 und Kommunen gleichermaßen gefragt. Ebenso ist es die gemeinschaftliche Aufgabe, den geflüchteten
24 Frauen und Mädchen die nötigen Schutzrechte und die angemessene Unterstützung bei ihren
25 Asylbegehren zu geben.

- 26
- 27 • Auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse von geflüchteten Frauen und Mädchen wird zu wenig Rücksicht
28 genommen. Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Unterbringung von Frauen und Mädchen
29 insbesondere in Sammelunterkünften. Oft sind sie traumatisiert durch Formen sexualisierter Gewalt.
30 Gerade diese Frauen brauchen Schutz- und Rückzugsräume. Lange Wege und von Frauen und
31 Männern gemeinsam benutzte Waschräume machen Angst und bieten Gelegenheiten für Gewalt und
32 sexuelle Übergriffe - hier sind dringend Maßnahmen zum Schutz der Frauen und Mädchen
33 erforderlich. Wir brauchen dringend geschlechtsspezifische Unterbringungsmöglichkeiten für
34 alleinreisende Frauen und Mädchen und für alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern!
- 35
- 36 • Viele Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, schweigen bei den Anhörungen aus
37 Traumatisierung, Scham oder Angst, auch vor den eigenen Angehörigen, und nennen die tatsächlichen
38 Asylgründe nicht. Geschlechtsspezifische Asylgründe müssen in Anerkennungsverfahren berücksichtigt
39 werden. Bei der Ausländerbehörde, der Polizei und anderen staatlichen Stellen müssen genügend
40 Beamtinnen, Dolmetscherinnen und andere weibliche Ansprechpersonen vorhanden sein.

41

42 In den Unterkünften muss Klarheit darüber bestehen, dass Gewalt und sexuelle Übergriffe gegenüber
43 Frauen und Kindern Straftaten sind und entsprechende Konsequenzen wie Strafanzeigen,
44 Wegweisungen u.ä. nach sich ziehen. Die professionellen und ehrenamtlichen Betreuer*innen müssen
45 für das Thema Gewalt und sexuelle Übergriffe sensibilisiert werden und Handlungsoptionen kennen. Es
46 muss ein klares Gewaltschutzkonzept und eine Sensibilisierung des Personals für das Thema geben,
47 damit die Leitung der Unterkunft, Sozial- und Sicherheitsdienste wissen was zu tun ist.

- 48
- 49 • Viele Frauen kommen mit psychischen und somatischen Erkrankungen und brauchen unverzüglich
50 eine medizinische Versorgung. Nach Möglichkeit soll das medizinische Personal weiblich sein und
51 kultursensibel auf die kulturellen Besonderheiten der Herkunftsländer eingehen können. Diese
52 Anforderungen gelten auch für die Dolmetschenden. Qualifizierte Sprach- und Kulturmittlerinnen
53 tragen dazu bei, den Frauen Ängste zu nehmen.

1
2 Beratung sollte in der Muttersprache angeboten werden, mit der Unterstützung von
3 Dolmetscher*innen, die ohne religiöse und kulturelle Vorbehalte arbeiten oder von qualifizierten
4 Kultur- und Sprachmittler*innen. Bei sensiblen Themen (z. B. sexualisierte Gewalt) sollten
5 ausschließlich Beraterinnen eingesetzt werden.
6

- 7 • Damit die Frauen eine neue Lebensperspektive entwickeln können, brauchen sie den Zugang zu
8 Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit. Angebote mit Kinderbetreuung erleichtern den Müttern die
9 Teilnahme. Alle Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Aufgrund bestimmter
10 geschlechtsspezifischer Gefährdungslagen sind geflüchtete Frauen und Mädchen aber oft auf
11 besonderen Schutz angewiesen. Sie brauchen daher z.T. geschützte Angebote nur für Frauen, um sich
12 sicher zu fühlen und Zukunftsperspektiven entwickeln zu können.

13
14
15 **4. Die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ist**
16 **beispielhaft. Das war und ist keine Selbstverständlichkeit und wir müssen beständig darum ringen, dass**
17 **es so bleibt. Zugleich müssen wir gegen alle Versuche kämpfen, in unserem Land eine**
18 **ausländerfeindliche oder auf Abschottung gerichtete Asyl- und Ausländerpolitik durchzusetzen. Damit**
19 **das gelingen kann, müssen die Lasten gerecht im Bundesgebiet verteilt werden. Bund, Länder und**
20 **Kommunen müssen nachhaltig mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um ihre**
21 **Aufgaben erfüllen und die soziale Balance in unserem Land aufrechterhalten zu können.**
22

23 Die Aufnahme vieler hunderttausender Flüchtlinge in Deutschland ist ein gewaltiger Kraftakt. Politik und
24 Gesellschaft, Bund, Länder und Gemeinden, Institutionen, Vereine und Ehrenamtliche, jede und jeder von
25 uns sind gefordert, dabei mitzuhelfen. Umso mehr gilt: Es war und ist beispielhaft, dass die Menschen in
26 Deutschland die Geflüchteten mit Hilfsbereitschaft und Offenheit empfangen. Die Bilder und Berichte, wie
27 die aus Ungarn zu uns kommenden Menschen mit großer Freundlichkeit empfangen und wie spontan Hilfe
28 geleistet wurde, sind um die Welt gegangen. „Willkommenskultur“ ist ein fester Begriff in der politischen
29 Diskussion geworden. Ein Blick in die anderen Länder Europas und in unsere eigene Geschichte zeigt, dass
30 das keineswegs selbstverständlich ist. Großbritannien etwa oder die osteuropäischen Länder setzen auf
31 Abschottung und lehnen Hilfe für Flüchtlinge rundweg ab. Auch in Deutschland gibt es Kräfte, die wie in
32 den 90er Jahren wieder diesen Weg gehen wollen. Wir ringen darum, dass sich der Weg der Offenheit und
33 der Hilfsbereitschaft weiter durchsetzt.
34

35 Die Akzeptanz dieser Politik wird davon abhängen, dass die Menschen in unserem Land sich nicht
36 überfordert fühlen und dass sie sicher sein können, dass die Politik gegenüber allen Menschen fair und
37 gerecht ist. Dafür muss sichergestellt werden, dass die Flüchtlinge gleichmäßig entsprechend der
38 Bevölkerungszahl und der Steuerkraft („Königsteiner Schlüssel“) auf die Bundesländer verteilt werden.
39 Kein Land und keine Kommune soll überproportional belastet werden, das ist ein Gebot der
40 innerstaatlichen Solidarität. Und zugleich muss sichergestellt werden, dass Bund, Länder und Gemeinden
41 ihre Aufgaben auf einer soliden finanziellen Basis erfüllen können. Sie stehen – ganz unabhängig von den
42 Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen – vor großen Herausforderungen: Demographie,
43 Langzeitarbeitslosigkeit, Inklusion, um nur einige zu nennen. Die Hilfe für Flüchtlinge darf nicht gegen diese
44 Aufgaben ausgespielt werden, wir müssen die notwendigen Mittel für beide Bereiche bereitstellen. Die
45 Forderung der SPD ist und bleibt richtig: Wir brauchen einen finanziell leistungsfähigen Staat, der soziale
46 Leistungen für alle sichert, die Unterstützung brauchen, und auch die notwendigen Zukunftsinvestitionen
47 stemmen kann. Dafür müssen wir die notwendigen Einnahmen sichern. Gerechte Steuern sind die Basis für
48 eine gerechte Politik – nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!
49

- 50 • Die Finanzierung der Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die Ursachen für
51 Flucht und Migration liegen im Bereich der internationalen und der Außenpolitik, die Entscheidung
52 über die Aufnahme von Flüchtlingen treffen Bundestag und Bundesrat. Daraus ergibt sich die
53 Verpflichtung des Bundes, Länder und Kommunen dauerhaft und strukturell finanziell zu entlasten,

1 damit sie ihre vielfältigen Aufgaben wahrnehmen erfüllen können.

- 2
- 3 • Zu den dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen gehört der Wohnungsbau. Der Bedarf an
- 4 bezahlbarem Wohnraum wächst mit der wachsenden Bevölkerung. Bund, Länder und Gemeinden und
- 5 Wohnungsbaugesellschaften und private Investoren sind hier gleichermaßen gefordert. Wir begrüßen
- 6 die Unterstützung des Bundes in Form höherer Wohnungsbaufördermittel für die nächsten drei Jahre.
- 7 Die Wohnungsknappheit in stark nachgefragten Regionen wird aber nicht 2019 zu Ende sein. Daher
- 8 fordern wir ein dauerhaftes finanzielles Engagement des Bundes, genauso wie ein Programm, durch
- 9 das bundeseigene Liegenschaften wie Kasernen für Wohnungsbauzwecke zu niedrigen Preisen an
- 10 Kommunen und Wohnungsgesellschaften abgegeben werden.
- 11
- 12 • Wir brauchen auch ein Programm, um den Bau und die Sanierung von Bildungseinrichtungen und den
- 13 Ausbau von Sprachkursen voranzutreiben sowie Schulen spürbar besser auszustatten. Hier sind Bund
- 14 und Länder gleichermaßen gefragt. Und für die Kleinsten müssen wir den KiTa-Ausbau noch schneller
- 15 vorantreiben als bisher. Dabei geht es uns nicht nur um mehr KiTa-Plätze, wir wollen gleichzeitig auch
- 16 die Qualität unserer Kindergärten und Krippen verbessern.
- 17
- 18 • Wir lehnen eine Einschränkung des Asylrechtes und der Vorschriften über Bleiberechte und Duldung
- 19 ab. Wir bekennen uns zur rechtstaatlichen Einzelfallprüfung aller Asylanträge, unabhängig aus welchen
- 20 Herkunftsstaaten die Antragsteller kommen. Und wir fordern, dass sich die Bundesregierung
- 21 außenpolitisch für den Abbau von Diskriminierung und für den Ausbau von Minderheitenrechte in den
- 22 Balkan-Staaten engagiert. Zugleich ist für uns klar, dass Menschen, für die in einem rechtstaatlichen
- 23 Verfahren festgestellt wurde, dass sie weder einen Anspruch auf Asyl noch ein Bleiberecht oder einen
- 24 Anspruch auf Duldung haben, unser Land am Ende auch wieder verlassen müssen. Wir nehmen mit
- 25 Sorge die aktuellen Diskussionen zur Frage von Rückführungen nach Afghanistan zur Kenntnis. Die
- 26 Situation dort ist von Gewalt und der Bedrohung durch die Taliban geprägt. Das zeigt nicht zuletzt die
- 27 Planung, den Bundeswehreininsatz dort über 2016 hinaus zu verlängern. Darum unterstützen wir
- 28 ausdrücklich die Position des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Christoph Strässer,
- 29 dass Afghanistan nicht als sicheres Herkunftsland einzustufen ist.
- 30
- 31 • Wir sehen mit Sorge, dass - auf Druck von CDU und CSU - durch Bundesgesetz jetzt vorgeschrieben ist,
- 32 dass Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden dürfen. In Düsseldorf haben wir uns aus guten
- 33 Gründen entschieden, grundsätzlich keine unangekündigten Nachtabschiebungen durchzuführen. Eine
- 34 solche Regelung hätten wir uns bundesweit gewünscht. Wir begrüßen darum ausdrücklich die Position
- 35 der NRW-Landesregierung, keine unangekündigten Nachtabschiebungen von Familien mit Kindern
- 36 durchzuführen. So können sich Kinder vor der Ausreise noch von ihren Freundinnen und Freunden in
- 37 Kitas und Schulen verabschieden."
- 38
- 39 • Die vom Bund zugesagte Beschleunigung der Asylverfahren durch schnellere Entscheidungen ist schon
- 40 viel zu lange angekündigt und längst überfällig. Es geht gleichermaßen um mehr Entscheiderinnen und
- 41 Entscheider und um leistungsfähigere Strukturen in den Bundesbehörden. Eine schnelle Anerkennung
- 42 ermöglicht eine schnellere Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben. Und die
- 43 Verfahrensbeschleunigung ist auch ein Gebot der Fairness gegenüber den Menschen, die am Ende
- 44 nicht hier bleiben können. Beide Gruppen haben einen Anspruch darauf, dass schnell Klarheit über
- 45 ihren Status geschaffen wird
- 46
- 47 • Eine Folge der viel zu langen Verfahrensdauer ist der oft lange Verbleib von Flüchtlingen in den
- 48 Erstaufnahmeeinrichtungen. Es ist die falsche Antwort auf das Problem, diesen Flüchtlingen statt eines
- 49 Taschengeldes nur noch Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Weg ist zudem auch noch völlig
- 50 bürokratisch und zeitaufwendig und darum als unpraktikabel abzulehnen. Wir unterstützen den Weg
- 51 der NRW-Landesregierung, weiter Taschengeld auszuzahlen.
- 52

- 1 • Die aktuelle Situation fordert auch verstärkte Anstrengungen von Bund und Ländern im Bereich der
2 Sicherheit. Die vom Bund geplante Verstärkung der Bundespolizei ist auch erforderlich für die
3 Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Schleuser nutzen die Notlage der Menschen aus und treiben sie
4 allzu oft kaltblütig in den Tod. Wir begrüßen darum auch die geplante Ausweitung der Strafbarkeit der
5 Schleuserkriminalität.
6
- 7 • Asylbewerberinnen und Asylbewerber und vor allem die anerkannten Flüchtlinge brauchen einen
8 besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, spezielle
9 Programme der Bundesagentur für Arbeit für die Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge
10 zu finanzieren. Das darf nicht zu Lasten der bisherigen Förderung der BA insbesondere zur Bekämpfung
11 der Landzeitarbeitslosigkeit gehen. Zugleich muss die Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und
12 Berufsabschlüsse erleichtert und entbürokratisiert werden.
13
- 14 • Zurzeit ist eine Debatte über den Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen voll im Gange. Dabei wittern
15 manche Arbeitgeber, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler offensichtlich die Chance, das
16 Lohnniveau zu senken. Sie fordern niedrigere Einstiegsgehälter für Flüchtlinge, sogar eine Senkung bzw.
17 Aussetzung des gesetzlichen Mindestlohnes. Offensichtlich wollen manche Arbeitgeber Flüchtlinge als
18 billige Arbeitskräfte gewinnen und damit eine Lohnkonkurrenz schüren.
19
- 20 • Wir Sozialdemokraten lehnen dieses Ansinnen der Arbeitgeber und mancher konservativ-liberaler
21 Politiker entschieden ab. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der SPD an, gemeinsam mit den
22 Gewerkschaften, die hiesigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping und die
23 Flüchtlinge vor Ausbeutung zu schützen. Deshalb fordern wir eine arbeits-, tarif- und sozialrechtliche
24 Gleichstellung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Flüchtlinge. Auch der
25 Mindestlohn gilt für alle.
26
- 27 • Leitlinie sozialdemokratischer Politik muss sein, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und
28 für Flüchtlinge – eine soziale Perspektive zu schaffen, um die Konkurrenz und Spaltung am
29 Arbeitsmarkt zu verhindern. Nicht Deregulierung und die Ausweitung prekärer Beschäftigung, sondern
30 eine solidarische Neuordnung am Arbeitsmarkt ist dringend erforderlich, um Verdrängungen und den
31 Abbau bestehender Standards zu verhindern – im Interesse aller.
32
- 33 • Asylpolitik kann keine kluge Einwanderungspolitik ersetzen. Darum fordern wir als Perspektive für die
34 Menschen, die keine Asyl- oder Bleiberechtsgründe geltend machen können, Formen der legalen
35 Zuwanderung. Das gilt insbesondere für Menschen aus Osteuropa, die einen Arbeits- oder
36 Ausbildungsvertrag zu tariflichen Bedingungen vorweisen können. Die Schaffung eines
37 Einwanderungsgesetzes verdeutlicht, dass es inhaltlich einen Unterschied macht, ob Menschen aus
38 Angst um Leib und Leben fliehen, oder ob sie aus wirtschaftlicher Not heraus ihr Land verlassen. Ein
39 modernes Einwanderungsrecht kann dazu beitragen, die Zahl der Flüchtlinge nach Deutschland zu
40 reduzieren und den Bedarf nach Arbeitskräften zu decken. Gleichzeitig darf die SPD das Problem des
41 „braindrain“ nicht ignorieren: Es ist ethisch nicht verantwortlich und auch politisch nicht klug,
42 zuzulassen, dass bestimmte Länder fortwährend ihre talentiertesten und bestausgebildeten Menschen
43 verlieren, denn diese werden auch vor Ort in ihrer Heimat gebraucht.
44
- 45 • Das große ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Flüchtlinge soll gestärkt
46 werden, indem der Bund bis zu 10.000 zusätzliche Stellen für den Bundesfreiwilligendienst schafft.
47 Diese Stellen sollen auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sowie
48 für anerkannte Flüchtlinge offen stehen, damit diese bei der Betreuung von anderen Flüchtlingen
49 mithelfen können.
50
- 51 • Wir fordern eine weitere Förderung und den Ausbau von Bundesprogrammen gegen
52 Rechtsextremismus und für Demokratieförderung; gerade in der jetzigen Situation werden
53 Ewiggestrige und rechte Brandstifter*innen versuchen, Fuß zu fassen. Demokratiefördernde und

1 antirassistische Programme und Projekte müssen daher deutschlandweit weiter gefördert und
2 ausgebaut werden.

3
4 **5. Die Hauptlast der Hilfe für Flüchtlinge tragen die Länder und die Kommunen. In den Ländern muss die**
5 **Koordination vor Ort geleistet werden, hier liegt die Verantwortung für alle Formen der Bildung und**
6 **Betreuung und auch bei der direkten Unterstützung der Kommunen sind die Länder die entscheidenden**
7 **Ansprechpartner. Nordrhein-Westfalen ist aktuell besonders gefordert.**

8
9 Schon in der Vergangenheit sind viele Flüchtlinge hierher zu uns gekommen, auch und gerade weil unser
10 Land offen und tolerant war, ist und auch bleiben wird. In den letzten Wochen hat NRW aktiv Hilfe
11 geleistet bei der Bewältigung einer weiteren großen Zahl von Flüchtlingen, nicht zuletzt durch den
12 Empfang von Flüchtlingszügen in Dortmund, Köln und Düsseldorf. Das Land konzentriert alle Kräfte darauf,
13 eine angemessene Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen. Für die Jahre 2015 und
14 2016 wendet das Land zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe für Flüchtlinge auf, insbesondere für die
15 Unterstützung der Kommunen, für Erstunterbringungseinrichtungen und für mehr Lehrkräfte und
16 zusätzliche Betreuungsplätze in der vorschulischen Bildung.

- 17
18 • Die außerordentlichen Leistungen der Kommunen bei der Unterbringung und der Betreuung der zu
19 uns flüchtenden Menschen verdienen hohe Anerkennung. Die damit verbundenen Belastungen sind
20 für die ohnehin oft finanziell nicht mehr leistungsfähigen Kommunen erheblich. Bund und Länder sind
21 in der Pflicht, die den Kommunen dauerhaft und wirksam zu entlasten. Die von der nordrhein-
22 westfälischen Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes NRW
23 (FlüAG) sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin. Die damit verbundene zeitliche Anpassung der
24 Stichtagsregelung entlastet die Kommunen unmittelbar. Weitere finanzielle Unterstützung durch den
25 Bund ist hier aber unerlässlich. Bundesmittel müssen vom Land grundsätzlich 1:1 an die Kommunen
26 weitergereicht werden. Wir begrüßen ausdrücklich die darüber hinausgehende Vereinbarung
27 zwischen dem Land NRW und den kommunalen Spitzenverbänden.
- 28
29 • In der flächendeckenden Kinderbetreuung wurde in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren
30 ein wahrer Kraft-Akt geschafft und die Zahl der Betreuungsplätze gemäß der gesetzlichen
31 Anforderungen stark erhöht um dem Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung ihrer Kinder gerecht zu
32 werden. Angesichts zehntausender Kinder, die mit ihren Eltern und oft auch alleine nach NRW
33 geflüchtet sind, muss nun schnell gehandelt werden. Flüchtlingskinder müssen schnell Zugang zu den
34 regulären Betreuungsangeboten bekommen. Wir wollen die Kommunen bei der Schaffung neuer
35 Betreuungsplätze unkompliziert und schnell unterstützen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass mit
36 niederschweligen Angeboten – sogenannten Brückenprojekten für Kinder und Eltern – Kinder aus
37 Flüchtlingsfamilien an das Betreuungsangebot überhaupt erst herangeführt werden. Hier können
38 Kinder außerdem bereits schon gezielt gefördert werden. Gerade für die Sprachförderung von Kindern
39 und Eltern bieten diese Angebote einen guten und frühzeitigen Einstieg.
- 40
41 • Auch die Schulen stehen vor großen Herausforderungen – und erwarten viele neue Schülerinnen und
42 Schüler. Im Hinblick auf notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen haben wir in Nordrhein-Westfalen auf
43 aktuelle Prognosen reagiert und in 2015 bereits zwei Mal die Lehrerstellen aufgestockt. Auch weiterhin
44 werden wir die Entwicklung beobachten und gegebenenfalls weitere Anpassungen vornehmen.
45 Darüber hinaus werden zusätzliche Sprachkurse – auch für Jugendliche über 16 Jahren – eingerichtet.
- 46
47 • Auch die Hochschulen sind gefordert – zum Beispiel bei der Anerkennung von Schulabschlüssen,
48 Studienleistungen und Studienabschlüssen. Ziel muss sein, dass Flüchtlinge ein Studium fortsetzen
49 oder aufnehmen können.
- 50
51 • Eine möglichst frühzeitige Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen wird durch das Projekt „Early
52 Intervention NRW+“ sowie durch Basissprachkurse unterstützt. Diese schnelle Integration in den

1 Arbeitsmarkt sehen wir als eine wichtige Voraussetzung für eine insgesamt gelingende Integration an.

- 2
- 3 • Integration beginnt mit dem Spracherwerb. Flüchtlinge, die voraussichtlich in Deutschland bleiben
- 4 können, sollen so schnell wie möglich mit dem Deutschlernen beginnen können. Die Integrationskurse
- 5 des Bundes dürfen sie aber erst nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens und damit oftmals
- 6 erst nach vielen Monaten besuchen. Wir begrüßen daher, dass künftig auch Sprachkurse für
- 7 Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive vom Bund finanziert werden. Die 21.000 Plätze für NRW sind
- 8 aber bei weitem nicht ausreichend. Möglichst vielen Menschen, die absehbar in Deutschland bleiben,
- 9 muss der Bund einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu kostenlosen und qualifizierten
- 10 Sprachkursen ermöglichen.
- 11
- 12 • Besonders dringend muss die medizinische Versorgung der Flüchtlinge geklärt und organisiert werden.
- 13 Durch den Aufbau sogenannter Clearingstellen wird diese Versorgung auch von Landesseite
- 14 unterstützt. Hiervon profitieren auch Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Als erstes
- 15 Flächenland hat NRW außerdem eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge beschlossen. Im kommenden
- 16 Jahr können die Kommunen Flüchtlingen eine Gesundheitskarte ausstellen, mit der ganz regulär Arzt-
- 17 und Krankenhausbesuche möglich werden. Da diese Lösung aber weiterhin durch die Kommunen
- 18 finanziert werden muss ist eine Regelung für eine Kostenübernahme durch den Bund dringend
- 19 erforderlich. Auch Menschen ohne Papiere müssen ohne Furcht Zugang zu medizinischer Versorgung
- 20 haben. Für sie muss bundesweit der anonyme Krankenschein eingeführt werden.
- 21
- 22 • In ganz Nordrhein-Westfalen helfen tausende Ehrenamtliche bei der Versorgung der Flüchtlinge.
- 23 Dieses Engagement wollen wir unterstützen. Das Förderkonzept „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“ mit
- 24 einem Volumen von einer Million Euro sollen ehrenamtliche Projekte gefördert und gewürdigt
- 25 werden.
- 26

27 **6. In Düsseldorf arbeiten Rat, Bezirksvertretungen, Oberbürgermeister und die gesamte Stadtverwaltung**
28 **mit Hochdruck daran, den Rückstand aus den vergangenen Jahren aufzuholen und mit einer proaktiven**
29 **Planung die Voraussetzungen für eine schnelle Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger unserer**
30 **Stadt zu schaffen. Aus der Bürgerschaft und aus den gesellschaftlichen Gruppen heraus erleben wir**
31 **zugleich eine große Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge. Die Versuche rassistischer oder**
32 **rechtsextremer Propagandisten, aus der aktuellen Lage politisches Kapital zu schlagen, scheitern**
33 **dagegen kläglich. Düsseldorf steht damit heute für eine Willkommenskultur, die beispielhaft ist.**
34

35 Seit 2010 steigt die Zahl der Asylanträge in Deutschland. Diese Entwicklung hat die frühere Stadtspitze bis
36 2014 ignoriert und verdrängt. Die notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen sind weitgehend
37 unterblieben. Sie haben durchweg einen längeren Vorlauf bzw. erfordern investive und bauliche
38 Maßnahmen, die frühzeitig hätten geplant und umgesetzt werden müssen. Das ist über viele Jahre
39 versäumt worden. Auf den sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen in den vergangenen 12 Monaten
40 war die Landeshauptstadt daher denkbar schlecht vorbereitet. Umso mehr Anerkennung verdient die
41 Verantwortung, die Düsseldorf seither – auch über seine rechtliche Verpflichtung hinaus – übernommen
42 hat: bei der Unterstützung des Landes bei der Erstaufnahme, bei der Versorgung von unbegleiteten
43 minderjährigen Flüchtlingen oder als Zielbahnhof für die „trainsofhope“ aus Süddeutschland. Diese
44 Höchstleistungen wurden möglich durch eine kluge und konsequente Verwaltungsführung, durch das weit
45 überobligatorische Engagement der Beschäftigten in Verwaltung und Hilfsorganisationen und vor allem
46 durch die große Hilfsbereitschaft unzähliger Düsseldorferinnen und Düsseldorfer. Dieses Zusammenspiel
47 müssen wir verstetigen, um die Versorgung von Flüchtlingen und die Integration derjenigen, die in
48 Düsseldorf bleiben, als Daueraufgabe der kommenden Jahre genauso gut meistern zu können.

- 49
- 50 • Der Dialog aller Beteiligten am Runden Tisch Flüchtlinge und in den zahlreichen
- 51 Informationsveranstaltungen in den Stadtbezirken ist entscheidend für die Bewältigung der aktuellen
- 52 Herausforderung. Hier wird die Grundlage gelegt für die dringend erforderliche Koordination zwischen
- 53 Politik und Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. An

1 diesem Dialog wollen wir festhalten und ihn weiter intensivieren.

- 2
- 3 • Sehr viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer wollen sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren.
4 Für die Koordination des Ehrenamts wollen wir gemeinsam mit der Flüchtlingsbeauftragten, den
5 Hilfsorganisationen und den Initiatoren des Online-Portals „Flüchtlinge sind in Düsseldorf
6 willkommen“ eine stadtweite Lösung erarbeiten und entsprechend ausstatten.
7
- 8 • In Düsseldorf sind verfügbare Flächen Mangelware. Flüchtlingsunterkünfte müssen daher dort
9 entstehen, wo ein geeigneter Platz dafür ist. Kein Stadtbezirk und kein Stadtteil darf sich dabei seiner
10 Verantwortung entziehen. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen, auf dem Gelände der
11 Bergischen Kaserne eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes zu schaffen.
12
- 13 • Im September 2015 wurde in der Arbeitsagentur Düsseldorf der erste „Integration Point“ eröffnet, bei
14 dem Arbeitsagentur, Jobcenter und Kommune/Ausländerbehörde einen gemeinsamen
15 Arbeitsmarktservice für Flüchtlinge anbieten. Durch die Zusammenarbeit können praktisch und schnell
16 koordinierte Hilfen und Entscheidungen aus unterschiedlichen und sehr komplexen Rechtsgebieten
17 geboten werden. Menschen mit verwertbaren Qualifikationen sollen hier entdeckt und mit
18 koordinierter Unterstützung aller Beteiligten in eine Beschäftigung gebracht werden. Gering
19 Qualifizierte sollen schrittweise an den Arbeitsmarkt herangebracht werden. Der Integration Point in
20 Düsseldorf wird das Modell für den landesweiten Ausbau dieser neuen Beratungsstellen und
21 zukunftsweisend für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Die Vernetzung des
22 Integration Points mit allen wichtigen Arbeitsmarktakteuren wird im kommenden Jahr weiter
23 ausgebaut. Wesentliche Partner für die Vernetzung sind Ehrenamtliche (z. B. als Paten für
24 Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen), Bleiberechtsnetzwerke, Unternehmen und Kammern.
25 Dieses Netzwerk für die wirksame Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit wollen wir
26 unterstützen.
27
- 28 • Schon die aktuelle Aufgabe der Unterbringung der Flüchtlinge ist in einer hochverdichteten Stadt wie
29 Düsseldorf, in der Wohnraum viel zu knapp ist, eine riesige Herausforderung. Ein provisorisches Dach
30 über dem Kopf kann außerdem nur eine Zwischenlösung sein. Jetzt rächt sich doppelt, dass über viele
31 Jahre der geförderte Wohnungsbau in unserer Stadt sträflich vernachlässigt wurde. Die Versorgung
32 aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer – der langjährig hier Wohnenden, der hierher Ziehenden wie
33 auch der hierher Flüchtenden - mit bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt das erste Ziel unserer
34 Wohnungs- und Flächenpolitik. Dafür setzen wir vor allem auf öffentlich geförderten Wohnraum und
35 die eigene Bauaktivität des Städtischen Wohnungsgesellschaft SWD.
36
- 37 • In den ersten Wochen und Monaten nach ihrer Ankunft finden die meisten Flüchtlinge nur schwer den
38 Weg zu allgemeinen öffentlichen Angeboten wie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Die Unsicherheit in
39 der ungewohnten Umgebung und das Bedürfnis nach Ruhe stehen dem entgegen. Sie brauchen daher
40 entsprechende Angebote in unmittelbarer Nähe der Flüchtlingsunterbringung oder in gut erreichbarer
41 Nähe, wo Freizeitgestaltung, Kinderbetreuung, Sprachunterricht und Information stattfinden können.
42 Die Einrichtungen und Institutionen in der Nähe der Unterkünfte bitten wir entsprechende Angebote
43 zu entwickeln.
44
- 45 • Die große Mehrheit der Flüchtlinge ist sehr am Bildungserfolg ihrer Kinder interessiert. Wir erwarten
46 vom Land, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer bereitzustellen, damit die Größe der Internationalen
47 Klassen die Richtzahlen nicht übersteigt und die beste Förderung für Schülerinnen und Schüler auch in
48 Zukunft möglich bleibt. An die Düsseldorfer Schulen aller Schulformen appellieren wir, sich an der
49 gemeinsamen Herausforderung aktiv zu beteiligen und Internationale Klassen einzurichten.
50
- 51 • Deutschlandweit wird aktuell mit bis zu 30.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)
52 gerechnet, die in besonderer Weise schutzbedürftig sind. Diese Kinder und Jugendlichen mussten sich
53 allein auf die Flucht begeben oder haben auf dem gefährlichen Weg nach Europa ihre Angehörigen

1 verloren. Ihre Unterbringung und Betreuung erfordert spezielle Ressourcen und stellt eine große
2 Herausforderung für die aufnehmenden Kommunen dar. Die Aufnahmekapazitäten auch in Düsseldorf
3 müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die hohen fachlichen Standards erhalten
4 und dem Bedarf entsprechend weiterentwickelt werden, damit die umF hier eine neue
5 Lebensperspektive entwickeln können. Dabei spielt die Vermittlung in Bildung, Ausbildung und Arbeit
6 eine wichtige Rolle, ebenso wie die kultursensible Begleitung bei den Übergängen und eine
7 koordinierte Planung der Unterstützungsmaßnahmen.
8

- 9 • Integration funktioniert am besten über reguläre Erwerbsarbeit. Wir brauchen daher ein
10 gesamtstädtisches Konzept für die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, das gemeinsam mit
11 Arbeitgebern, Kammern, Gewerkschaften, Bildungsträgern und Wohlfahrtsverbänden zu entwickeln
12 ist. Ein Großteil der anerkannten Flüchtlinge wird zunächst vom Jobcenter und der Arbeitsagentur
13 begleitet werden müssen. Dafür braucht es mehr Personal und Geld, damit diese zusätzliche
14 Betreuungs- und Vermittlungsarbeit nicht zu Lasten der schon bisher hier lebenden Arbeitslosen geht.
15
- 16 • Düsseldorf ist seit Jahren eine wachsende Stadt. Wir müssen bei unserer Planung für die Gestaltung
17 des Wachstums jetzt zusätzlich in Rechnung stellen, dass es viele anerkannte Flüchtlinge – genau wie
18 viele junge Deutsche auch - in den kommenden Jahren in die großen Städte ziehen wird, auch nach
19 Düsseldorf. Wir müssen uns schon heute darauf vorbereiten, dass der Anteil von Menschen mit
20 Migrationshintergrund in unserer Stadtgesellschaft dadurch weiter zunehmen wird, und unsere
21 Integrationsangebote und interkulturellen Kompetenzen darauf auslegen und ständig
22 weiterentwickeln.
23
- 24 • Dies gilt auch in den sozialen Netzwerken. Wir begrüßen daher die Bemühungen von Bundesjustiz-
25 minister Heiko Maas, die Betreiber von Online-Plattformen zu einem konsequenten Vorgehen gegen
26 rassistische und menschenfeindliche Inhalte zu bewegen.
27
- 28 • Hilfsbereitschaft und Akzeptanz brauchen umfassende und frühzeitige Information und Aufklärung.
29 Wir sehen alle staatlichen Ebenen, aber auch uns als Partei in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger
30 sachlich, verständlich und fortlaufend über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen der
31 Flüchtlingspolitik zu informieren.
32
- 33 • Unter dem Dach von Dügida oder den Republikanern versuchen – überwiegend von außerhalb
34 kommende - rassistische, fremdenfeindliche und rechtspopulistische politische Kräfte aus den Sorgen
35 und Ängsten und der Unsicherheit der Menschen Kapital zu schlagen. Die Düsseldorferinnen und
36 Düsseldorfer haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie damit nichts zu tun haben wollen und
37 sich eindrucksvoll zu Humanität, Respekt und Vielfalt bekannt. Auch wir Sozialdemokratinnen und
38 Sozialdemokraten beziehen eine klare Position: Wir werden Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und
39 Ausgrenzung auch in Zukunft entgegentreten, wo immer sie uns begegnen.
40